

Von: Bmasmeier@ish.de
An: peter.altmaier@bundestag.de
Betreff: Abgrenzung der CDU

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

mit dieser E-Mail erlaube ich mir, auf Ihren Auftritt in der ARD-Sendung „Anne Will“ vom 09.02.2020 Bezug zu nehmen. Darin verteidigten Sie die so genannten „Abgrenzungsbeschlüsse“ der CDU sowohl gegenüber der AfD als auch gegenüber der LINKEN. Hierzu gestatte ich mir als politisch interessierter Bürger, der die Ereignisse seit dem Mittag des 5. Februar 2020, die sich Stand heute Mittag mit dem von Annegret Kramp-Karrenbauer erklärten Verzicht auf das Amt der CDU-Vorsitzenden allmählich zu einer Staatskrise der Bundesrepublik Deutschland auszuwachsen scheinen, sehr genau verfolgt (hat), folgende Bemerkungen:

Die CDU versteht sich offenbar – auch ausweislich des bisherigen Verhaltens ihrer nunmehr Noch-Vorsitzenden in den vergangenen Tagen – als eine „staatstragende“ Partei. Dieses Verständnis rührt möglicherweise aus dem Bewusstsein her, dass sie das Privileg hatte, in der überwiegenden Zeit des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland den Regierungschef bzw. die Regierungschefin stellen zu dürfen. Dieses Privileg ist ihr von den Wählerinnen und Wählern dieses Landes verliehen worden und ist somit ein auf Zeit verliehenes. Zudem besitzt sie es in einigen der Bundesländer nicht mehr. Gerade in den östlichen Bundesländern (von „neuen“ sollte nach dreißig Jahren tunlichst nicht mehr gesprochen werden) haben sich seit deren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland teils sehr besondere Verhältnisse entwickelt. Zu diesen gehört auch eine sich von der westlichen Bundesländer unterscheidende Parteienlandschaft. Diese Entwicklungen haben nun dazu geführt, dass die selbsternannten (oder vielleicht besser: von der CDU hierzu stilisierten) „Parteien der Mitte“ nach der Wahl vom November 2019 in Thüringen nicht mehr in der Lage sind, eine Regierung zu bilden, weil sie eine absolute Mehrheit im Parlament nicht auf sich vereinigen können. Mit dieser Entwicklung ist auch einhergegangen, dass die CDU ihre seit dem Beitritt der östlichen Länder in diesem Bundesland innegehabte Stellung als stärkste politische Kraft in diesem Bundesland an DIE LINKE verloren hat. Da es der CDU mangels geeigneter bzw. gewollter Koalitionspartner bereits nach der Wahl des Jahres 2014 nicht mehr möglich war, eine Regierung zu bilden, stellte DIE LINKE seither auch den Ministerpräsidenten dieses Landes. Dieser erfreute sich (und erfreut sich offensichtlich immer noch) bei der Bevölkerung dieses Bundeslandes großer Beliebtheit; gleichwohl hat die von ihm geführte Koalition seit der Wahl vom November 2019 ebenfalls keine Mehrheit mehr im Thüringer Landtag. Dies ist dem Umstand zu verdanken, dass eine Partei, die erklärtermaßen (vorsichtig formuliert) ein anderes Deutschland will und deren thüringischer Landesvorsitzender, ein gewisser Björn Höcke, immerhin mit gerichtlicher Billigung als „Faschist“ bezeichnet werden darf und der wegen der Gründung eines „Flügels“ innerhalb seiner Partei zusammen mit diesem vom Verfassungsschutz beobachtet wird, bei dieser Wahl zweitstärkste politische Kraft in diesem Bundesland geworden ist. Das alles wissen Sie, und die Ursachen für diese Entwicklungen, so interessant sie möglicherweise sein mögen, spielen hier erst einmal keine Rolle. Dennoch ist es wichtig, dies vorweg noch einmal deutlich darzustellen.

In dieser Situation hatte der (ebenfalls Noch-)Vorsitzende der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Mike Mohring, unmittelbar nach der fraglichen Wahl „laut“ mit dem Gedanken gespielt, mit dem wie dargestellt abgewählten, jedoch durchaus beliebten Ministerpräsidenten Gespräche zu führen, um die Ermöglichung einer Zusammenarbeit auszuloten. Allerdings wurde er umgehend von der Führung der Bundes-CDU „zurückgepfeifen“, die darauf bestand, wegen des insoweit verbindlichen Parteitagsbeschlusses könne es eine Zusammenarbeit mit der LINKEN nicht geben. Letztlich führte diese Haltung zu den allseits bekannten Entwicklungen der letzten fünf Tage, die hier nicht noch einmal dargestellt werden müssen – also auch dazu, dass in einem von Ihnen und Ihrer Partei quasi als „Betriebsunfall“ dargestellten Vorgang der von der kleinsten Fraktion im Thüringer Landtag aufgestellte

„bürgerliche“ Kandidat mit den Stimmen der Partei des oben erwähnten Björn Höcke zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt wurde. Glücklicherweise wurde dieser „Fehler“ zwar schnell erkannt; unglücklicherweise wird es aber (Stand 10.02.2020 mittags) noch unabsehbare Zeit dauern, bis die aus ihm resultierenden Folgen für die Bundesrepublik Deutschland beseitigt sein werden. Hier aber sollen erst einmal die Folgen für Thüringen eine Rolle spielen, die möglichst schnell beseitigt werden müssen, damit dieses Land wieder eine Regierung bekommt (derzeit hat es [einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik] zwar einen – geschäftsführenden – Ministerpräsidenten, jedoch keine Regierung). Der schnellste Weg hierzu wäre, den hierfür bereitstehenden, unter fragwürdigen Umständen aus dem Amt gedrängten Ministerpräsidenten wieder in dieses Amt zu wählen. Hierzu könnte Ihre Partei den entscheidenden Beitrag leisten. Sie erklärten nun gestern bei „Anne Will“ weshalb Ihrer Partei eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit „auf Bundesebene“ nicht möglich sei; diese ausdrückliche Einschränkung kann nun jedenfalls dahingehend interpretiert werden, dass die von Ihnen angeführten (und auch für mich nachvollziehbaren) Gründe auf der Landesebene nicht in jedem Fall jegliche Zusammenarbeit ausschließen würden. Mithin können Ihre Ausführungen so interpretiert werden, dass sie einer Unterstützung der Wahl des LINKEN Bodo Ramelow durch Mitglieder der CDU nicht unbedingt im Wege stünden.

Dem stehen nun allerdings Ausführungen des Generalsekretärs Ihrer Partei und berichtete Ausführungen der Bundeskanzlerin aus einem Telefonat mit Bodo Ramelow diametral entgegen. Beide haben ausgeschlossen, dass Bodo Ramelow mit Unterstützung der CDU zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt werden könnte. Dies bringt mich zurück an den Beginn meiner Ausführungen: Ihre Funktion als „staatstragende“ Partei scheint die CDU derzeit vor allem darin zu sehen, auch dort bestimmen zu können, wo sie dies nicht wirklich kann. So dürfte sich Annegret Kramp-Karrenbauer auch ein wenig ihr eigenes politisches Grab gegraben haben, indem sie vergeblich versuchte, die Thüringer Parteifreunde auf die von ihr vorgegebene Linie „Neuwahlen“ festzulegen; sie hätte bei ein wenig politischem Verständnis erkennen müssen, dass dies zum einen für die Thüringer CDU in der gegenwärtigen Situation „politischen Selbstmord“ bedeuten und zum anderen nicht im Geringsten eine realistische Aussicht auf eine Lösung der entstandenen Krise bieten würde. Es ist wohl nicht zu erwarten, dass durch Neuwahlen in Thüringen ein Ergebnis erreicht werden könnte, das eine Regierungsbildung leichter als in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landtages machen würde. Wenn Ihre Partei tatsächlich eine „staatstragende“ Funktion wahrnehmen wollte, würde sie der erwähnten Ministerpräsidenten-Wahl nicht länger im Weg stehen, sondern sie ermöglichen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Rot-Rot-Grün anscheinend nicht so erfolglos für Thüringen war, wie das Wahlergebnis es glauben machen könnte (sonst wäre Bodo Ramelow nicht so beliebt als Ministerpräsident), und dass Bodo Ramelow nach Auffassung der allermeisten Beobachter „wohl kaum als Kommunist“ eingeschätzt werden kann.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass die unterschiedslose Abgrenzung der CDU sowohl von der AfD als auch von der LINKEN anscheinend auch im Ausland mehr und mehr auf Unverständnis stößt. Auch der auf PHOENIX ausgestrahlte „Internationale Frühschoppen“ beschäftigte sich am 09.02.2020 mit den Ereignissen von Erfurt und deren Folgen. Zwei der dort vertretenen Journalisten, Frank A. Meyer aus der Schweiz und Anna Mailliet aus Frankreich, vertraten ausdrücklich die Auffassung, dass die strikte Abgrenzung von der LINKEN fast dreißig Jahre nach der „Wiedervereinigung“ nicht mehr wirklich nachvollziehbar sei.

Für Ihre Aufmerksamkeit darf ich mich bedanken und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Bernd Masmeier

(Betreiber der Website www.kuehler-kopf.de)

Am Schönenkamp 110

40599 Düsseldorf

Tel.: 01 72 - 2 41 15 62

Fax: 02 11 - 2 04 91 32

E-Mail: kontakt@kuehler-kopf.de oder kontakt@politik-fuer-menschen-mit-handicap.de

Internet: www.kuehler-kopf.de; www.politik-fuer-menschen-mit-handicap.de